

Erklärung nach § 161 AktG zur Beachtung des Deutschen Corporate Governance Kodex bei der SAP AG

Im Jahr 2001 hat die Deutsche Bundesregierung eine Regierungskommission mit der Entwicklung eines Deutschen Corporate Governance Kodex beauftragt. Dieser Kodex wurde Anfang 2002 fertig gestellt. Er enthält drei Arten von Standards:

- Vorschriften, die geltende deutsche Gesetzesnormen beschreiben,
- Empfehlungen,
- Anregungen.

Allein die gesetzlichen Vorschriften sind von deutschen Unternehmen zwingend anzuwenden. Hinsichtlich der Empfehlungen sieht das deutsche Aktiengesetz (§ 161) lediglich vor, dass börsennotierte Unternehmen jährlich eine Erklärung zu deren Beachtung veröffentlichen müssen. Von Anregungen können die Unternehmen ohne Erklärungspflicht abweichen.

Die SAP hat im Oktober 2001 eigene Corporate-Governance-Grundsätze veröffentlicht und diese kontinuierlich an die jeweiligen Änderungen des Deutschen Corporate Governance Kodex angepasst. Dieser Entsprechenserklärung liegt eine abermals geänderte Fassung der Corporate-Governance-Grundsätze der SAP zu Grunde, welche den neuesten Änderungen des Deutschen Corporate Governance Kodex vom Juni 2005 Rechnung tragen.

Sowohl der Vorstand als auch der Aufsichtsrat der SAP sind diesen unternehmenseigenen Grundsätzen verpflichtet. Weder dem Vorstand noch dem Aufsichtsrat sind Fälle bekannt, in denen gegen die Grundsätze in ihrer jeweils gültigen Fassung verstoßen wurde.

Die Corporate-Governance-Grundsätze sowie das Verhalten der SAP entsprachen im bisherigen Verlauf des Geschäftsjahrs 2005 den Regelungen des Deutschen Corporate Governance Kodex mit Ausnahme der in der Entsprechenserklärung vom 17.03.2005 dargestellten Abweichungen. Das Verhalten der SAP und ihre Corporate Governance Grundsätze werden voraussichtlich auch künftig den Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex mit folgenden Ausnahmen entsprechen:

Keine Festlegung von Altersgrenzen für Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder

Der Deutsche Corporate Governance Kodex empfiehlt die Festlegung von Altersgrenzen für Aufsichtsratsmitglieder. Die SAP sieht in einer solchen Festlegung eine unangebrachte Einschränkung des Rechts der Aktionäre, die Mitglieder des Aufsichtsrats zu wählen. Die Corporate-Governance-Grundsätze der SAP enthalten daher keine solche Altersgrenze. Ebenso regeln die SAP-Grundsätze abweichend von der entsprechenden Empfehlung des Deutschen Corporate Governance Kodex keine Altersgrenze für Vorstandsmitglieder, da dies den SAP-Aufsichtsrat pauschal in seiner Auswahl geeigneter Vorstandsmitglieder einschränken würde.

Keine Vereinbarung eines Selbstbehalts beim Abschluss von D&O-Versicherungen

Der Deutsche Corporate Governance Kodex empfiehlt, in Haftpflichtversicherungen, die ein Unternehmen für seine Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder abschließt (sog. Directors and Officers Liability Insurances – D&O) einen angemessenen Selbstbehalt vorzusehen. Die SAP ist grundsätzlich nicht der Ansicht, dass die Motivation und Verantwortung, mit der die Mitglieder von SAP-Vorstand und SAP-Aufsichtsrat ihre Aufgabe wahrnehmen, durch einen solchen Selbstbehalt verbessert werden kann. Die Corporate-Governance-Grundsätze der SAP regeln daher keinen Selbstbehalt und die SAP plant keine Änderung ihrer aktuellen D&O-Versicherungsverträge, die keinen Selbstbehalt der Organmitglieder vorsehen.

Keine Berücksichtigung der Ausschusstätigkeit in der Vergütung der Aufsichtsratsmitglieder

Der Deutsche Corporate Governance Kodex empfiehlt, dass der Vorsitz und die Mitgliedschaft in Ausschüssen des Aufsichtsrats in der Vergütung der Aufsichtsratsmitglieder berücksichtigt werden soll. Die SAP ist nicht der Ansicht, dass eine solche Regelung das Engagement der Aufsichtsratsmitglieder in der

Ausschussarbeit weiter verbessern kann. Weder die SAP-Satzung noch die Corporate-Governance Grundsätze der SAP sehen daher eine derartige Berücksichtigung vor.

Wechsel von Vorstandsvorsitzendem oder Vorstandsmitglied in den Aufsichtsratsvorsitz oder den Vorsitz eines Aufsichtsratsausschusses

Der Deutsche Corporate Governance Kodex sieht in 5.4.4 vor, dass der Wechsel des bisherigen Vorstandsvorsitzenden oder eines Vorstandsmitglieds in den Aufsichtsratsvorsitz oder den Vorsitz eines Aufsichtsratsausschusses nicht die Regel sein soll. SAP kann nicht ausschließen, dass es auch in Zukunft derartige Mandatswechsel geben wird. Ob dies in der Regel so sein wird, kann aus heutiger Sicht nicht beurteilt werden. Zudem ist die Besetzung des Amtes des Aufsichtsratsvorsitzenden oder eines Ausschussvorsitzenden eine Entscheidung der Mitglieder des Aufsichtsrats, die sich allein an der konkreten Qualifikation der zur Wahl stehenden Personen orientieren sollte. SAP hat daher keine Punkt 5.4.4 Deutscher Corporate Governance Kodex entsprechende Regelung in ihre Corporate-Governance-Grundsätze aufgenommen, da sich die bisherige Praxis des Wechsels eines Vorstands bzw. des Vorstandssprechers in den Aufsichtsratsvorsitz bei SAP bewährt hat.

Keine Berücksichtigung der persönlichen Leistung bei der Bemessung der variablen Vergütung des Vorstandsmitglieds

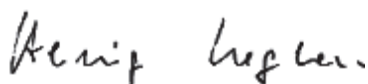
Die Vergütung der Vorstandsmitglieder berücksichtigt deren individuelle Leistungen und Aufgaben. Eine Vereinbarung von Individualzielen bei der Bemessung der variablen Vergütung für Vorstände ist jedoch zum jetzigen Zeitpunkt nicht geplant, da die Verantwor-

tungsbereiche der einzelnen Vorstandsmitglieder innerhalb des Unternehmens derart miteinander verzahnt sind, dass die Definition von Unternehmenszielen für die jeweiligen Kompetenzbereiche erheblich erschwert wäre bzw. nicht möglich ist. Die SAP befürwortet vielmehr die Gesamtverantwortung des Vorstands für das Unternehmen und sieht darin eine wesentliche Grundlage für den Unternehmenserfolg. Aus den vorgenannten Gründen enthalten daher weder die Satzung der SAP noch die Corporate-Governance-Grundsätze der SAP eine entsprechende Regelung über die Berücksichtigung der persönlichen Leistung des einzelnen Vorstandsmitglieds als Kriterium für die Angemessenheit der Vorstandsvergütung.

Keine Einzelwahl bei der Wahl von Aufsichtsratsmitgliedern durch die Hauptversammlung

Die Corporate-Governance-Grundsätze der SAP beinhalten keine entsprechende Regelung, wonach Wahlen zum Aufsichtsrat als Einzelwahlen durchgeführt werden sollen. Blockwahlen sind in der Praxis üblich und haben sich im Hinblick auf ihre zügige Abwicklung in Hauptversammlungen bewährt. Das Vorgehen per Blockwahl ist rechtlich zulässig, insofern die Aktionäre in der Hauptversammlung vor der Abstimmung durch den Versammlungsleiter darauf hingewiesen werden, dass der Aktionär die Möglichkeit hat, gegen alle vorgeschlagenen Personen zu stimmen, wenn er die Wahl einer Person ablehnt. Dieser Voraussetzung hat und wird SAP auch in Zukunft bei der Wahl von Aufsichtsratsmitgliedern entsprechen. SAP ist der Meinung, dass dem Aktionär somit die zur Ausübung seines Stimmrechts notwendigen Voraussetzungen im Rahmen einer Blockwahl geschaffen werden. Ein besonderes Bedürfnis des Aktionärs, die Aufsichtsräte einzeln zu wählen, ist nicht erkennbar.

Walldorf, den 28. 10. 2005



Für den Vorstand
Prof. Dr. Henning Kagermann



Für den Aufsichtsrat
Prof. Dr. h. c. Hasso Plattner